



Axel Schäfer (Bochum)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe

Parlamentsbüro
Platz der Republik 1
Otto-Wels-Haus
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77 477

Wahlkreisbüro
Alte Hattinger Straße 19
Fritz-Husemann-Haus
44789 Bochum
Metropole Ruhr
Tel.: 0234 68746-0



axel.schaefer@bundestag.de
www.axelschaefermdb.de
www.facebook.com/axel.schaefer.bochum

Der Countdown läuft - Optimismus ist Pflicht!

Bochum, 29. August 2024

Am 28. September 2025 soll die nächste Bundestagswahl regulär stattfinden. Auf der Basis des geänderten Wahlrechts würden mit Blick auf aktuelle Umfragen nur noch gut die Hälfte von uns SPD-Abgeordneten in der 21. Legislaturperiode im Parlament sitzen. Das ist die Ausgangsposition – das ist unsere Wegstrecke:

- Am 1. September die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen „überleben“
- dann uns am 22. September bei der Landtagswahl in Brandenburg behaupten
- die Etatberatungen September bis November zum Erfolg bringen
- bei den Präsidentschaftswahlen in den USA am 5. November Kamala Harris unterstützen
- ab dem 1. Januar 2025 in der polnischen und ab dem 1. Juli in der dänischen EU-Ratspräsidentschaft europäische Reform voranbringen
- am 2. März bei Bürgerschaftswahl in Hamburg wieder Nummer eins werden
- im Juni den Haushaltsentwurf 2026 in Angriff nehmen
- die World University Games Rhein-Ruhr vom 16. bis 27. Juli mit Begeisterung absolvieren,
- schließlich am 14. September bei der Kommunalwahl in NRW die Roten Rathäuser verteidigen.

1. Wer in tiefen Tälern sitzt, kann auf hohe Berge steigen.

Jetzt ist erstmal die Europawahl am 9. Juni mit 13,9 % SPD-Stimmen Ausgangspunkt für eine kritische Bilanz unserer Politik, um bei der Bundestagswahl wieder erfolgreich zu sein.

2024 das Jahr mit den meisten demokratischen Wahlen ever – hervorzuheben dabei Indien, das Europäische Parlament, Großbritannien, Frankreich und Belgien, haben die Paternoster-Situation bestätigt: Es kann rechts und links fast gleichzeitig nach oben und unten gehen. Damit bestehen für uns Chancen, wieder nach oben zu kommen. Es geht bei Wahlen bekanntlich um Parteien – heute, aber vielfach um die Existenz der Demokratie selbst und der SPD als Volkspartei. Soweit die Dramatik der Lage.

Es gibt einen doppelten Gap: Die fleißigste Regierung wird als schlechteste angesehen und ein tatkräftiger Bundeskanzler wird nicht an seinen Taten gemessen. Diese Kritik ist oft völlig maßlos, auch in den Medien mit ständigen Wutkampagnen der BILD-Zeitung. Doch wo Kritik an uns geübt wird, müssen wir auch zur Selbstkritik fähig sein:

Uns gelingt selten die „Arbeit an Zuspitzung“. Wir konnten nicht verhindern, dass fast ausschließlich FDP und Grüne einen Dauerstreit in der Koalition anstiften. Viele, in unseren Reihen glauben nicht mehr, dass sich bis zur Bundestagswahl dieses Bild noch ändert – doch es muss sich ändern.

Und weiter: Olaf Scholz wirkt leider zu oft zu defensiv und er wird auch nicht richtig in Szene gesetzt, obwohl es dafür ein eigenes Amt in der Regierung gibt...

Es darf in der Fraktion keine nachholende Diskussion bei wichtigen Fragen mehr geben. Aktuelles Beispiel war die Raketenstationierung. Selbst wenn man es in der Sache richtig findet, so war es im Vorgehen völlig falsch. Es ist für mich unfassbar, dass der Bundeskanzler davon ausgegangen ist, kundige Außen- wie Sicherheitspolitiker hätten mit so einer solchen Entscheidung rechnen müssen und der Verteidigungsminister darauf hinweist, dass es keine Parlamentsbeschlüsse bedürfte. Zum Ablauf: Die Bundestagfraktion tagte zuletzt am 2. Juli, ohne dass

über Raketen diskutiert wurde. Am 12. August sagte das SPD-Präsidium „ja“ zur Stationierung, doch erst am 5. September kommen wir als Abgeordneten wieder zusammen. Gerade weil es uns bisher gelungen ist, im Gegensatz zur Nachrüstungsdebatte Anfang der 1980er Jahre, die SPD und das gesamte Land zusammenzuhalten, müssen wir bei diesem Thema „Frieden schaffen mit mehr Waffen“ besonders sorgsam umgehen, das zeigen die Landtagswahlkämpfe in Sachsen und Thüringen exemplarisch.

Zur Erinnerung: Schlechte Ergebnisse bei Europawahlen können Vorboten für schlechte Ergebnisse bei nachfolgenden Bundestagswahlen sein. Wie in 2004 = 21,5 % EP • 2009 = 23,0 % Bundestag... Oder auch das Gegenteil wie 2019 = 15,8 % EP • 2021 = 25,7 % Bundestag, **das sind fast 10 % plus**.

2. Die CDU stellen.

Wenn es um die Existenz unserer Demokratie geht, steht das Verbindende zwischen den demokratischen Parteien im Vordergrund. Zugleich gilt es, die notwendigen Unterschiede auch pointiert zu benennen. Zur „Radikalisierung der Mitte“ gibt es in der CDU/CSU eine Brandmauer, aber auch Brandstifter. Das prägende Beispiel des Jahres datiert von Anfang 2024 bei den sogenannten Bauernprotesten. Den teilweise illegalen, gewalttätigen Aktionen von Landwirten folgte:

- als erster Schritt die Aussage des stellvertretenden bayrischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger: „Die Schuld für die Bauernwut liegt allein bei der existenzgefährdenden Ampelpolitik“. Bereits vor einem Jahr hatte derselbe Politiker behauptet, dass es bei uns nur „formal eine Demokratie“ gäbe.
- Das wurde umgehend bestätigt durch den Ministerpräsidenten und CSU-Chef Markus Söder, der allen Ernstes behauptete, dass „ein ganz großer Teil der Bevölkerung überhaupt keine Hoffnung hat, auf normalem Wege eine Veränderung zu erreichen“.
- Dem folgte Friedrich Merz mit den Worten: „Unsere Demokratie hat gewaltige Schwächen und die werden im Augenblick sichtbarer denn je“.

Zu den Fakten: Deutschland ist im Demokratie-Ranking von 179 Ländern der Erde auf Platz 2 (so eine Studie der DFG). Würde man eine offensichtliche demokratische Schwäche benennen, so wäre es sicherlich die fehlende Ausgestaltung des Artikels 20 „Alle Staatsgewalt ... wird vom Volke in Wahlen und **Abstimmungen** ... ausgeübt“. Diese im Grundgesetz vorgesehene, in der Praxis nicht realisierte Möglichkeit plebiszitärer Elemente wird seit Jahren am entschiedensten bekämpft. Von wem? Von der CDU, die direkte Demokratie ablehnt.

Die Rechtsentwicklung von christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa und weltweit ist elementar für das Aufkommen autoritärer Bewegungen. Beispiel USA: Die früher stolze republikanische Partei wurde von Donald Trump okkupiert, die seine Lügen und Hetze mehrheitlich akzeptiert. Er will als Kandidat das Wahlergebnis nur anerkennen, wenn er gewinnt. Das hat er bereits beim Sturm auf das Capitol 2020 praktiziert. Heute schwadroniert er von sich als „Diktator für einen Tag“. Das alles ist bekannt. Nicht bekannt ist, dass CDU/CSU mit Trumps Republikanern zur selben internationalen Parteifamilie IDU gehören. So weit so schlimm. Schlimmer ist, dass die Union sich nicht von Trump distanziert. Am schlimmsten, dass niemand von den Verantwortlichen in unserer Partei die Christdemokraten dafür öffentlich zur Rede stellt. Schließlich geht es um die Frage: Kommt zu den Kriegen in der Welt jetzt noch ein Bürgerkrieg in den USA?

Haben wir eigentlich vergessen, dass 2017 in der AfD-Fraktion über dreihundert Jahre ehemalige CDU/CSU-Mitgliedschaft steckten? Und es ist erschreckend zu sehen, dass der Stil von Merz bis zu Wagenknecht und Höcke reicht. „Es reicht“ jetzt tatsächlich, das Land tagtäglich schlecht zu reden und über „nationale Notlagen“ zu fantasieren. Der CDU-Vorsitzende schreit nach Koalitionsbruch – SPD mit Union gegen Grüne und FDP, oder Rechtsbruch mit unhaltbaren Forderungen. CDU/CSU agieren verantwortungslos, obwohl sie 16 Jahre die Politik im Innenministerium verantworteten.

Am Ende breitet sich Populismus aus, Rechtsextremismus wächst und die AfD gewinnt.

3. Die Grünen fordern.

Ich engagiere mich seit 1983 für rot-grüne Kooperationen, meine Stadt Bochum feiert in den nächsten Tagen das 25-jährige Jubiläum als längst haltbare Kommunalkoalition beider Parteien in Deutschland. Von 1998 bis 2005 mit Gerhard Schröder und Joschka Fischer waren ein historischer Erfolg. Wir haben auch heute mit den Grünen die meisten politisch-kulturellen Übereinstimmungen. Deshalb stellen sich fundamentale Fragen, wenn der Co-Vorsitzende Omid Nouripour erklärt, diese Regierung sei eine „Übergangskoalition nach der Ära-Merkel“ sowie „die Ampel blickt nicht mehr“, (18.08.2024). Dann Katharina Dröge nachlegt mit Koalitionsüberlegungen in Richtung Union und schließlich Robert Harbeck an den beschlossenen Haushaltsvereinbarungen zweifelt.

Liebe Grüne: Das wirkt wie Abriss statt Aufbau. Ihr werdet euch noch mit den Schwarzen schwarzzögern und eure Basis wird verstummen, wenn ihr in Zeiten rechter Entwicklungen euch Mitte-Rechts vereinnahmen lasst.

4. Die FDP halten.

Beim Mitgliederbegehren hatten sich schon 2023 rund 48 % in der FDP gegen die Ampel-Koalition ausgesprochen, obwohl kein bekannter Liberaler dieses Anliegen unterstützte. Auch zur Erinnerung: 1966 ließ die FPD wegen eines Haushaltslochs, was nicht durch Steuererhöhungen gestopft werden durfte, die Koalition mit der Union platzen. 1982 stürzte die FDP den sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt, wo das bekannte Lambsdorff-Papier eine entscheidende Rolle spielte. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber man kann aus ihr lernen. Bei der Finanzierung von Ukrainehilfen müssen wir in naher Zukunft die Frage stellen: Sieg oder Niederlage? Will sagen: Gewinnen wir die FDP für eine Änderung der Schuldenbremse, oder verlieren sich die Liberalen in der selbstgewollten Gefangenschaft von Finanzdogmen.

Liebe FDP: Wann immer ihr eine Regierung vor der Zeit beendet (1966 und 1982) oder daraus einen „Streitfall“ gemacht habt (2013), verlor ihr zur nächsten Bundestagswahl: 1969 **-3,7 %**. 1983 **-3,6 %**. 2013 **-9,8 %**.

5. Linke und BSW – wohin?

Die Zerklüftung und Aufspaltung des europäischen Parteiensystems hat mit BSW und auch FWG auch Deutschland voll erfasst. Wir könnten 2025 acht oder neun statt 2021 „nur sechs Fraktionen“ bekommen. Ein Blick auf Skandinavien, die Benelux-Staaten und Italien gibt einen Vorgeschmack auf das, was uns bei künftigen Regierungsbildungen erwartet. Zwei Fragen stehen im Raum:

- Hat die nachstalinistische, heute demokratische Linke eine Überlebenschance oder muss die SPD vielen Mitgliedern ein Angebot zum Übertritt machen? – Ich meine nein.
- Wie gehen wir zum Beispiel in Thüringen mit der Möglichkeit oder der Notwendigkeit einer „ganz großen Koalition“ unter Einbeziehung des BSW um? – Ich bin mir nicht sicher.

6. Die AfD verhindern.

Wir wackeln nicht. Im Kampf gegen eine offene rechtsextremistische Partei, weder vor Ort noch in den Ländern, im Bund, in Europa. Die großen Demonstrationen im Januar gegen die „Remigrations-Pläne“ haben gezeigt, welches demokratische Mobilisierungspotenzial in unserem Land steckt. Zugleich hat es bei Wahlen nicht verhindert, dass wir im September in Sachsen und Thüringen ein Beben erleben werden, dessen Ausmaß und Auswirkungen noch nicht vorherzusehen sind.

Wir brauchen eine Doppelstrategie: Einerseits Ideologie und Methoden des neuen Faschismus aufzudecken und argumentativ dagegenzuhalten – die AfD lügt! Sie setzt auf Vorurteile. Sie will die Gewaltenteilung abschaffen. „Führer“ entscheiden was wahr und falsch ist... Andererseits müssen wir die realen Probleme erkennen und auch benennen, an die AfD anknüpft und die uns der bitteren Wahrheit bewusst sein, dass Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft nicht vergehen wird.

Beherrigen wir Kurt Tucholskys Mahnung aus der Weimarer Republik: „Die Linke redete richtig, aber von Sachen. Die Rechte redete falsch, aber zu den Menschen.“

7. „Und weil wir dies Land verbessern, lieben wir und beschirmen wir's...“

Die Erfolge der europäischen Sozialdemokratie in Spanien, Großbritannien und Frankreich können Mut machen. Ebenso die US-Demokraten, die zu unserer internationalen Parteifamilie gehören. Kamala Harris hat unsere Erzählung auf den Punkt gebracht: Zukunft, Zusammenhalt, Zuversicht.

Das müssen wir in der Haushaltsdebatte der kommenden Woche aufnehmen. Nach den furchtbaren Morden in Solingen und den zu erwartenden schlechten SPD-Wahlergebnissen in Thüringen und Sachsen, ist jetzt die Stunde der Wahrheit. Wird sie auch zum Gamechanger?

- Sagen wir klar, was ist: **Die Zeit größter Krisen** – Klimawandel, Kriege, 115 Millionen Flüchtlinge, Überwindung von Pandemien, Beschleunigung aller Orten bedeutet: „Keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik dürfte je vor größeren politischen Herausforderungen gestanden haben als das Kabinett Scholz“ (SZ 23.08.2023). **Das ist die Zeitenwende.** Die Ampel-Parteien müssen gemeinsam vorangehen und zugleich diese Verbundenheit in Bildern und im Parlament zeigen.
- **Wiederholen wir immer und immer wieder, was gelungen ist.** Vor allem bei der Modernisierung unseres Landes, im Sozialbereich mit Mindestlohn und Rente, in der Migration. Wir sind die Partei von Arbeit und Bildung, unser Aufstiegsversprechen heißt nicht Bürgergeld.
- Begeben wir uns selbstbewusst auf den schwierigen Pfad von **Kompromissen beim Thema Sicherheit** – wissend, dass die Union hier oft Foul spielt. Wahrscheinlich können wir leider vorschlagen, was wir wollen, es wird von Merz abgelehnt.
- **Bauen wir Europa.** Hier haben wir mit unserem Bundeskanzler große Erfolge vorzuweisen, für die Gemeinschaft, in den transatlantischen Beziehungen, zu den G7. In der polnischen Ratspräsidentschaft müssen wir die Zukunftspläne für die EU anfangen umzusetzen. Den Menschen unseres Nachbarlands sind wir dankbar, dass sie erfolgreich bei Wahlen eine autoritäre Regierung überwunden haben.
- Schließlich machen wir **„die schönste Nebensache der Welt“** zu einem wichtigen Anliegen. Die Sportministerin, ihr Staatssekretär, der Ausschussvorsitzende, viele Präsidenten wichtiger Verbände wie DOSB, DFB, DLV – alle gehören der SPD an. Einmalig seit 1949! Die größte Multisportveranstaltung, nach der EM und Olympia in Paris, werden die „World University Games“ im Ruhrgebiet im Juli 2025 mit 10.000 Sportlerinnen und Sportlern aus über 150 Ländern sein. Lasst uns dafür begeistern – und die Bürgerinnen und Bürger werden begeistert sein.

8. „... und das liebste mag's uns scheinen, so wie andern Völkern ihr's.“

Soweit Bertolt Brecht. Wir als SPD und unsere Bundestagsfraktion haben viele Gründe zum Stolz: Uns ist mit Olaf Scholz als Kandidat die Wiedergewinnung zur sozialdemokratischen Kanzlerschaft gelungen. Innerparteilich diskutieren wir geschlossen-solidarisch. Die Hälfte der Abgeordneten ist erstmals gewählt, mit einer Biografie aus 20 verschiedenen Ländern der größten Verjüngung unserer Geschichte und 43 % Frauen: Außerordentliche Erfolge. Das müssen wir uns viel öfter vor Augen halten und jeden Tag aussprechen. Jetzt kommt es darauf an, bis zum 28. September 2025 zu bestehen. **2005 darf sich nicht wiederholen!**

Wir haben aktuell beim Besuch Olaf Scholz erlebt, wie gut er bei Menschen ankommt: Im Chemiepark von Marl, an der Ruhr-Universität Bochum, beim Kleingartenverein Castrop-Rauxel und zu den Trauernden in Solingen.

Orientieren wir uns gemeinsam an Willy Brandt: „jede Zeit will eigene Antworten“ und an Karl Marx: die „Menschen machen ihre Geschichte selbst“. Wie wir das machen, rät uns Karl Popper: **„Optimismus ist Pflicht!“**

